

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2007

Europa

Deutschland

I (3747) **Münster.** *Katholische und islamische Theologen haben sich dagegen ausgesprochen, Gotteslästerung im deutschen Strafrecht schärfer zu verfolgen.* Sie plädierten sogar für eine Abschaffung des entsprechenden Paragraphen 166 aus dem Strafgesetzbuch. Ein Blick in die Geschichte zeige, dass Strafprozesse mit dem Vorwurf der Gotteslästerung „ausnahmslos zu nichts geführt“ hätten, sagte der niederländische katholische Theologe Jean-Pierre Wils am Freitag in Münster. „Man erweist der Religion dadurch keinen Dienst, dass man sie strafrechtlich schützen will“, erklärte Muhammad Kalisch, Direktor des Zentrums für religiöse Studien an der Universität Münster. Die beiden Gelehrten wandten sich ausdrücklich gegen Äußerungen aus dem Bundesland Bayern. Von dort waren in der Vergangenheit vermehrt Stimmen laut geworden, die eine Verschärfung des Paragraphen 166 gefordert hatten. Solange der öffentliche Frieden gesichert sei, habe sich der Staat neutral gegenüber den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen seiner Bürger zu verhalten, so Wils und Kalisch. (Evangelischer Pressedienst, 9.11.07)

I (3748) **Berlin.** *Der selbst gewählte Tod zweier Deutscher in der Schweiz hat in Deutschland eine neue Diskussion über die Sterbehilfe entfacht.* Die Justizminister mehrerer Länder planen eine Initiative, um Sterbehilfe-Organisationen wie dem Schweizer Verein *Dignitas* die Beihilfe zum Suizid – kirchliche Kreise sprachen in diesem Zusammenhang von „Töten“ – in Deutschland zu verbieten. *Dignitas* hatte zwei Deutschen auf einem Parkplatz bei Zürich die Selbsttötung in ihren Autos ermöglicht. „Von würdigem Sterben kann bei diesen Praktiken keine Rede sein“, sagte Niedersachsens fromme Justizministerin Heister-Neumann (CDU), ohne indes zu erwähnen, dass jede andere Alternative zuvor verboten worden war und außerdem die Umstände eines begleiteten Suizids immer noch Sache der betroffenen Person ist. Die Deutsche Hospiz Stiftung, eine Gründung des erzkonservativen Malteser-Ritterordens, sowie der Berliner Bischof Sterzinsky riefen die Politik zu einem Verbot auf. Allerdings gibt es auch Gegenstimmen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Kauch lehnte die Bundesratsinitiative aus Hessen, Thüringen und dem Saarland ab. Der Gesetzentwurf für ein Verbot der geschäftsmäßigen Förderung von Sterbehilfe sei „völlig unverhältnismäßig“, sagte der Fraktionssprecher für Palliativmedizin.

Der stellvertretende Vorsitzende der Bundestags-Unionsfraktion, Wolfgang Bosbach (CDU), sowie der behindertenpolitische Sprecher der Fraktion, Hubert Hüppe (CDU) – beide aktiv in der katholischen Laienarbeit tätig – haben sich ebenfalls für ein Verbot von Sterbehilfeorganisationen ausgesprochen. Es sei nicht zu dulden, dass deren Ziel nicht die Hilfe beim Sterben, sondern die Unterstützung des Suizids sei. Justizministerin Zypries (SPD) lehnte ein Verbot der Sterbehilfe in Deutschland hingegen kategorisch ab.

(Die Welt, 9.11.07; idea, 11.11.07; KNA, 12.11.07)

I (3749) **Fulda.** *Der katholische Militärbischof Mixa hält den Abschuss von Passagierflugzeugen, die von Terroristen als Waffe missbraucht werden, unter bestimmten Umständen für gerechtfertigt.* „Um ein noch viel größeres Unglück - wie das Abstürzen auf ein von Tausenden Menschen besuchtes Stadion - zu verhindern, kann man diesen mit vielfachem Tod und Leid verbundenen Schritt tun“, sagte der Augsburger Bischof am Donnerstag der „Fuldaer Zeitung“. Mixa räumte aber ein, dass in solchen Fällen die Gewissensfreiheit des Einzelnen Vorrang

haben müsse – weshalb sich fragt, warum er dann überhaupt eine Empfehlung abgibt. „Kein Soldat darf dafür bestraft werden, wenn er einen solchen Befehl nicht befolgt“, sagte er. Der Militärbischof zeigte sich darüber im Klaren, dass seine Aussagen als heikel erachtet werden könnten. Er kündigte an, die Frage in der „Akademie für Theologie und Frieden“ zum Thema zu machen. (KNA, 14.11.07, Fuldaer Zeitung, 15.11.07)

Kritiker aus den eigenen Reihen wenden allerdings ein, dass man nicht Leben gegen Leben abwägen dürfe und man meist erst im nachhinein wisse, ob eine Gefahr tatsächlich bestanden habe.

I (3750) **Karlsruhe.** Eltern, die ihre Kinder aus Glaubensgründen von der Schule fernhalten, kann zumindest teilweise das Sorgerecht entzogen werden. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe in einem am 16. November veröffentlichten Beschluss. Es liege im Interesse der Allgemeinheit, der Entstehung von religiös oder weltanschaulich geprägten „Parallelgesellschaften“ entgegenzuwirken, heißt es zur Begründung. Im vorliegenden Fall ging es um zwei Familien, die der Glaubensgemeinschaft der Evangeliumschrsten-Baptisten in Paderborn angehören. Die Spätaussiedler beharrten darauf, zwei ihrer Kinder nicht in die Grundschule zu schicken. Darauf entzog ihnen das Familiengericht Paderborn das Sorgerecht in Schulangelegenheiten für diese Kinder und auch das Aufenthaltsbestimmungsrecht. Das Gericht bestellte das Jugendamt der Stadt als Pfleger. Die Eltern, die den Sexualkundeunterricht als zu freizügig ablehnen und sich auch gegen die Evolutionslehre im Biologieunterricht wandten, brachten ihre Kinder – mit Einwilligung des Jugendamtes – nach Österreich. (idea, 18.11.07)

I (3751) **Hamburg.** Innensenator Udo Nagel will Scientology verbieten lassen, wozu er zunächst einen Beschluss der Innenministerkonferenz der deutschen Bundesländer herbeiführen will. Es gehe darum, Einigkeit mit den Ländern zu erlangen und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) per Beschluss aufzufordern, ein Ermittlungsverfahren gegen Scientology einzuleiten. Nach Angaben der Hamburger Innenbehörde wird erstmals versucht, Scientology über das Vereinsrecht zu verbieten. Bisher sei es auf strafrechtlicher Basis versucht worden. Ein besonderer Ansatz könnte sein, auf den Sitz in den USA abzielen. Während ein deutscher Verein dem besonderen Schutz von Artikel 9 des Grundgesetzes unterliegt, kann eine ausländische Organisation nach § 14 des Vereinsgesetzes bereits verboten werden, wenn sie beispielsweise die politische Willensbildung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt. Die Innenministerkollegen zeigten sich von diesem doch sehr formalen Ansatz allerdings nicht überzeugt und vertagten den Antrag. (Focus, 3.12.07; Frankfurter Allgemeine, 7.12.07)

I (3752) **Bad Honnef/Berlin.** Einem Demonstrationsaufruf der gewiss nicht kirchenfernen Ärztegewerkschaft Marburger Bund folgten allein in Bad Honnef rund 500 Mitarbeiter katholischer Krankenhäuser, Heime und Sozialeinrichtungen. Die Kundgebung im nordrhein-westfälischen Bad Honnef richtete sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen an konfessionellen Spitälern. Kernforderung sei die Übernahme der arzt spezifischen Tarifverträge für öffentliche Kliniken durch die katholischen Krankenhäuser, erklärte ein Sprecher der Gewerkschaft. Eine repräsentative Umfrage des Marburger Bundes unter 3.100 Ärzten hatte vor kurzem ergeben, dass in vielen kirchlichen Häusern besonders schlechte Arbeitsbedingungen herrschen. Beispielsweise müssten die Ärzte dort längere Dienste und unvergütete Überstunden leisten, so der Marburger Bund.

Der Katholische Krankenhausverband Deutschlands (KKD) wies den Vorwurf, in katholischen

Kliniken finde „Ausbeutung im Namen des Herrn“ statt und es herrsche „Lohnbetrug“, zurück. Der Marburger Bund stütze sich auf Ergebnisse einer nicht repräsentativen Untersuchung. Laut eigenen Umfragen und Berechnungen (deren Methodik allerdings nicht offengelegt wurde und die möglicherweise nur kurzfristig erfunden wurden) seien Vergütungen in katholischen Häusern nicht niedriger als in anderen Krankenhäusern. Die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in katholischen Krankenhäusern unterschieden sich auch „nicht besonders“ von anderen. Der Vorsitzende des Marburger Bundes, Rudolf Henke, beklagte erneut katastrophale Arbeitsbedingungen für Ärzte an kirchlichen Krankenhäusern in Deutschland beklagte. Auf Transparenten hieß es: „Caritas - Sparschwein der Nation“. (Pressemitteilungen des Marburger Bundes vom 4.12. und des KKD vom 5.12.07)
Schon zuvor hatte neben dem Marburger Bund auch der konservative Hartmannbund die Arbeitsbedingungen in konfessionellen Krankenhäusern kritisiert. Mediziner würden von Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft deutlich unterdurchschnittlich bezahlt, sagte der Vorsitzende des Ärzteverbandes, Kuno Winn. Er warf ihnen vor, mit dem verfassungsrechtlich garantierten Tendenzschutz fairere Arbeitsbedingungen auszuhebeln, und forderte die kirchlichen Träger dazu auf, sich bei der Bezahlung ihrer Ärzte an Tarifverträgen zu orientieren. Die Kirchen sollten den Weg in eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ innerhalb der Ärzteschaft nicht weiter beschreiten. (KNA, 26.11.07)

I (3753) **München.** *Die journalistische Kaderschmiede der Katholischen Kirche, ihre Journalistenschule in München, hat offenbar Nachwuchsmangel. Erstmals sah sich der Träger, das „Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses“ (ifp) veranlasst, in Radio Vatikan für Volontariate und Stipendien zu werben, die allerdings nur für den Bereich der kircheninternen Presse oder Rundfunks gelten. (Radio Vatikan, 7.12.07)*

Auf der Homepage wird unzweideutig mitgeteilt: „... erwartet das ifp von den Bewerbern um ein Stipendium oder um ein Volontariat in der Kirchenpresse oder im katholischen privaten Rundfunk gesellschaftliches Engagement und eine überzeugte christliche Grundhaltung, keine bloß formale Zugehörigkeit zur katholischen Kirche.“ Die Ausbildungsstätte, für die auch Heribert Prantl referiert, der evangelische Chef des Innenressorts der Süddeutschen Zeitung, wird zu einem beachtlichen Teil aus öffentlichen Steuermitteln finanziert.

I (3754) **Hamburg.** *Ein Urteil gegen das Diakonische Werk in Hamburg könnte zum Präzedenzfall werden, wenn es Bestand hat.* Vor dem Hamburger Arbeitsgericht hatte eine Muslima geklagt, die nach einer schriftlichen Bewerbung zur Integrationslotsin aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit nicht zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen wurde. Die Hamburger Richter sahen darin eine klare Diskriminierung aufgrund ihrer Religion und einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Sie verurteilten das Diakonische Werk zu einer Entschädigungszahlung von 3900 Euro. (Spiegel online, 11.12.07).
Die Diakonie fürchtet unterdessen um ihre Privilegien und will gegen das Urteil mit Bezug auf die Kirchenklausel Berufung einlegen. Der Vizepräsident des Diakonischen Werkes, Wolfgang Teske, äußerte sich überzeugt, dass die Klausel auch in diesem Fall zutreffe. Die Kirchenklausel besagt, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften auch weiterhin ihre Beschäftigten mit Rücksicht auf deren Religion oder Weltanschauung auswählen dürfen, soweit dies im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht oder nach Art der Tätigkeit gerechtfertigt ist. (idea, 11.12.07)

I (3755) **Wetzlar.** *Deutschland bekommt nach Bibel TV (das sonntags auf dem privaten „Schmuddelkanal“ Das Vierte läuft) einen weiteren christlichen Fernsehsender.* Der Evangeliums-Rundfunk plant ab 2009 einen eigenen digitalen Radio- und Fernsehkanal. Das hat sein Direktor Jürgen Werth bei einer Sondersitzung des Trägervereins am Dienstag in

Wetzlar bekannt gegeben. Bei dem Programm rund um die Uhr setze der Sender auf christliches Qualitätsfernsehen. Dazu sollen unter anderem Eigenproduktionen gezeigt werden, so Werth. (Pressemitteilung des evangelikalen Trägervereins, 12.12.07)

I (3756) **Freiburg/Gütersloh**. Die meisten Deutschen sind zwar Kirchenmitglieder, glauben aber nicht an einen persönlichen Gott, oder sie bezeichnen sich als Christen und hängen zugleich dem Aberglauben an. Das ergab eine Umfrage, aus der die evangelische Nachrichtenagentur *idea* zitiert. Von 76 Prozent, die angaben, zu einer Kirche zu gehören, erklärten 23,5 Prozent, nicht an Gott zu glauben. 24 Prozent der an Gott Glaubenden bezeichneten sich als abergläubisch. So veranlasse sie ein „Freitag, der 13.“ zu besonderer Vorsicht. Auf die Frage, woran sie glauben, nannten 40 Prozent eine „höhere Macht“, 18 Prozent „irgendeine Religion“, und für 14 Prozent bedeutet der Glaube eine Philosophie, die die Bewältigung des Lebens erleichtere. Nur 13 Prozent verstehen unter Glauben eine Beziehung zu Jesus. Zwei Prozent glauben an sich selbst. Als repräsentativ ist die Umfrage allerdings kaum zu bezeichnen, denn nur 176 Personen aus Freiburg nahmen teil; im Bundesdurchschnitt gehören z.B. nicht 76, sondern nur 63 Prozent einer christlichen Kirche an (davon 2% kleinen Gemeinschaften), und der Anteil der nicht Gottgläubigen liegt in Umfragen meist etwa bei der Hälfte. Um so bemerkenswerter bleibt die Feststellung, dass selbst in diesem überdurchschnittlich religiösen Umfeld nur ganz wenige christlich im eigentlichen Sinne sind. (*idea*, 9.12.07)

Zu einem – auf den ersten Blick – ganz anderen Ergebnis kam der pünktlich zum Weihnachtsfest publizierte „Religionsmonitor“ des evangelischen Bertelsmann-Verlags. Demnach seien bundesweit 28 % der Bevölkerung nichtreligiös, 52 % „religiös“ und weitere 18 % sogar „hochreligiös“. Bei näherer Betrachtung der Befragungsauswertung muss allerdings der mittlere Teil korrekter als „in religiöser Hinsicht indifferent“ bezeichnet werden. Der Studie lagen fünf zentrale Fragen zugrunde, in denen nach dem Interesse an religiösen Themen, dem Glauben an ein höheres Wesen, der Teilnahme an Gottesdiensten, der Bet- bzw. Meditationspraxis und dem Glauben an ein Eingreifen Gottes in des eigene Leben gefragt wurde. Je nach dem Grad der Zustimmung gab es zwischen einem und fünf Punkten je Antwort (1= „nie/gar nicht“; 2= „selten/kaum“; 3= „gelegentlich/mittel“; 4= „oft/ziemlich“; 5= „sehr oft/sehr“).

Zwischen 5 und 10 Punkten gilt man bei Bertelsmann noch als nichtreligiös, bei 11 bis 19 Punkten bereits als „religiös“ und ab 20 Punkten als „hochreligiös“. Bei fast drei Vierteln der möglichen Punktesummen landete man also im religiösen Bereich. (Tagespresse vom 16.12.07; www.religionsmonitor.de)

International zählt Deutschland jedoch nicht zu den religiösen Ländern. Im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung befragten die Forscher für den „Religionsmonitor 2008“ rund 21.000 Menschen in 21 Ländern zu ihren religiösen Praktiken und Vorstellungen. Den höchsten Anteil Religiöser gibt es der Studie nach in Indien und Nigeria (99 Prozent). In den westlichen Ländern haben die USA die höchsten Werte. Dort sind 89 Prozent der Bevölkerung religiös, 62 Prozent sogar besonders religiös. Am schwächsten verbreitet ist der Glaube in Russland. Nur jeder zweite Russe ist religiös, nur sieben Prozent sind sehr religiös. Damit ist nebenbei auch die Vorstellung von einer religiösen Renaissance in Russland widerlegt. (*idea*, 16.12.07)

Anm. *MIZ*-Red.: Kritiker wiesen neben diesem begrifflichen Etikettenschwindel auch auf die völlig ungeeignete erste Frage hin: Gerade engagierte Nichtgläubige haben meist ein sehr hohes Interesse an religiösen Themen – aber im kritischen Sinne, weil sie z.B. die Einflussnahme der Kirchen auf den Alltag der Nichtchristen ablehnen. Wer also auf die erste

Frage 5 Punkte vergibt und auch noch „gelegentlich“ meditiert, gilt für die Initiatoren bereits als „religiös“, selbst wenn die restlichen Fragen mit nur einem Punkt versehen werden. Wendet man den gleichen Trick z.B. auf die Schulnoten an und definiert 1 neu als „ausgezeichnet“, 2 als „sehr gut“, 3 als „gut“ und 4 als „ziemlich gut“, dann lässt sich sofort medienwirksam behaupten: „Über 90 % unserer Schüler schneiden in Tests ziemlich gut oder noch besser ab.“

Sehr unterschiedlich fielen die Kommentare aus. Während sich die offiziellen Kirchenvertreter an die Bertelsmann-Lesart hielten („Religion ist für die Deutschen wichtiger als bislang angenommen“) und hervorhoben, dass die jüngere Generation kaum weniger religiös sei als die älteren, betonten andere Kirchenvertreter, dass die Kirchen von dieser (angeblichen) Religiosität kaum profitierten.

Eine ständige Beteiligung im Gemeindeleben werde überhaupt nicht gewünscht, so Peter Bubmann, evangelischer Pfarrer und Professor für Praktische Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg. Trotz aller neuen Studien sei *die Rede von der „Wiederkehr des Glaubens“ falsch* und nicht geeignet für die Beschreibung der deutschen Religiosität, so Bubmann. Vielmehr lasse sich die Kirchenbindung in Deutschland mit der Formel *„dazugehören, aber nicht mitmachen“* beschreiben. Bestätigt werde dies gerade durch die Ergebnisse der jüngst vorgelegten Studie „Religionsmonitor“ der Bertelsmann-Stiftung. Außerdem bezeichne sich laut dieser Studie nahezu jedes sechste Kirchenmitglied als nicht religiös. (Die Welt, 24.12.07)

I (3757) **Berlin**. Die Bundesvorsitzende des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ), Andrea Hoffmeier, fordert ebenso wie einige Politiker von SPD, Grünen und der Linken die Aufnahme des Kinderschutzes ins Grundgesetz. Die Bischöfe und die C-Parteien schlossen sich dem nicht an – aus gutem Grund: Sie beließen es bei Appellen, die Würde von Kindern stärker zu achten, denn bei eigenen Kinderrechten wäre die Missachtung der religiösen Selbstbestimmung durch die Säuglingstaupe und damit einhergehende Kirchensteuerpflicht nicht mehr lange haltbar. Bisher planen Justizministerin Zypries (SPD) und Familienministerin von der Leyen (CDU), stärker als bisher die Rechte von Eltern einzuschränken, wenn diese an der Erziehung scheitern. (Radio Vatikan, 26.12.07)

I (3758) **Berlin**. Die Berlinale holt einen kritischen Dokumentarfilm über missionarische Aktivitäten bei der Fußball-WM 2006 ins Programm. Der Streifen „Jesus liebt dich“ beobachtet laut Pressemitteilung „fundamentalistische Christen aus den USA, Afrika und Europa“ während der Weltmeisterschaft in Deutschland. Der Film stelle die Evangelikalen als „ernst zu nehmende Bedrohung für rationale Aufklärung und demokratische Werte“ dar. Daneben gab es noch die Initiative „Kickoff 2006“, die WM-Spiele an rund 1.200 Treffs übertrug. Diese von 60 christlichen Organisationen und Kirchen getragene evangelikale Initiative wollte das Großereignis auch propagandistisch nutzen – mit bescheidenem Erfolg. Der Film aus der Hand einer Gruppe Berliner Filmemacher läuft in der Reihe „Perspektive Deutsches Kino“ der Berlinale im Februar. (idea, 28.12.07)

Frankreich

I (3759) **Paris**. Fast zwei Drittel aller Franzosen glauben, dass „alle Religionen gleich viel wert

sind". Das geht aus einer Umfrage hervor, die die katholische Tageszeitung „La Croix“ veröffentlicht hat. Für Beobachter erstaunlich ist der Befund, dass 63 Prozent der französischen Katholiken ebenfalls von der Gleichwertigkeit aller Religionen überzeugt sind. 67 Prozent der Franzosen finden, dass die Katholiken in der Öffentlichkeit „hinreichend sichtbar“ sind; vier von zehn Franzosen kennen keinen „engagierten“ Christen. 70 Prozent geben an, dass die Kirche ihre Botschaft nicht richtig an die Jugend weitergibt, jedoch kennen andererseits drei Viertel diese Botschaft gar nicht so genau, sodass wohl eher gemeint ist, dass diese Botschaft bei der Jugend kaum ankommt. (*La Croix*, 11.11.07)

Anm. MIZ-Red.: Zu diesen 63% praktischen Agnostikern kommen noch jene Nichtreligiösen, die mangels persönlicher Betroffenheit gar keine Angaben machten oder aber der Ansicht sind, dass „alle Religionen gleich wenig wert sind“.

I (3760) **Paris**. Die Bischofskonferenz hat den „Telethon“, eine Spendenaktion im französischen Fernsehen, kritisiert. Sie fühlten mit den Familien der Kranken, und sie hätten große Wertschätzung für das Engagement der Spender, aber Großzügigkeit rechtfertige nicht alles, so heißt in einer Erklärung auf der Homepage der Bischofskonferenz. Die Bischöfe lehnen es ab, dass mit den gesammelten Spendengeldern Forschungsprojekte finanziert werden, die embryonale Stammzellen verwenden. Sie betonten dabei, dass das menschliche Leben geschützt werden müsse. Die Spendenkampagne ist eine mehrtägige Aktion im französischen Fernsehen zur Unterstützung von Kranken und der Weiterentwicklung der Medizin. (*La Croix*, 9.12.07)

Großbritannien

I (3761) **London**. Der frühere britische Premierminister Tony Blair gehört nun der römisch-katholischen Kirche an. Sein Sprecher Matthew Doyle bestätigte der Nachrichtenagentur AFP britische Medienberichte, wonach Blair konvertiert sei. Blair ist im Rahmen eines Gottesdienstes im kleinen Kreis mit dem Erzbischof von Westminster, Kardinal Cormac Murphy-O'Connor, in die katholische Kirche aufgenommen worden. Weitere Angaben wollte er nicht machen. Bereits seit längerem war spekuliert worden, dass der 54-Jährige, der bislang der anglikanischen Staatskirche angehört hatte, zum katholischen Glauben übertreten wolle. Seine Ehefrau Cherie und seine vier Kinder sind Katholiken. (*afp*, 22.12.07)

Blair erfährt jedoch nicht nur positive Resonanz auf seinen Wechsel. So verweist ein Mitglied des Unterhauses darauf, dass Blair als Premier die Schwulen-Ehe wie die Stammzellenforschung gefördert und die Abtreibung ermöglicht habe. All dies seien Verstöße gegen die katholische Lehre und könnten eine Exkommunikation Blairs zur Folge haben, sollte er seine Meinung nicht geändert haben. (*Spiegel online*, 21.12.07)

Irland

I (3762) **Dublin**. In der irischen Hauptstadt soll es neben kirchliche nun auch staatliche Grundschulen geben. Das bisherige System benachteilige die Kinder der Einwanderer, erklärte der Bildungsminister. Sogar Kirchenvertreter befürworteten diesen Schritt, müssen sich allerdings von den irischen Freidenkern vorhalten lassen, warum sie bisher die Benachteiligung von Kindern nichtreligiöser Eltern hingenommen haben und warum die Reform nur auf Dublin beschränkt sein soll. Der Vorsitzende der Bildungskommission der Bischofskonferenz, Bischof Leo O'Reilly, räumte ein, es sei wichtig, das Bildungssystem an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen. Die Kirche wird weiterhin Sakramentenkatechese für katholische Kinder anbieten. Bisher wurden in Irland beinahe alle Grundschulen von der

katholischen Kirche verwaltet, seit den steigenden Einwanderungszahlen in den 90er Jahren wurde jedoch über ein religionsunabhängiges Schulsystem diskutiert. (ap, 14.12.07)

I (3763) **Dublin**. Kirchendiener begehen Sexualverbrechen und der Staat bezahlt dafür die Entschädigung. Diese Groteske ist in Irland Realität – aus noch grotesker anmutenden Gründen. *Der irische Staat hat in den vergangenen fünf Jahren die Opfer von Missbrauch in kirchlichen Kindereinrichtungen mit insgesamt 750 Millionen Euro entschädigt. Die Begründung: Diese Einrichtungen nähmen öffentliche Aufgaben wahr und würden deshalb zur Gänze staatlich finanziert, auch wenn die unmittelbare Aufsicht bei der Kirche liegt.* Wie der zuständige Entschädigungsfonds mitteilte, gingen die Zahlungen an Menschen, die als Kinder in kirchlich geführten Schulen, Heimen und Krankenhäusern sexuell, körperlich oder seelisch misshandelt wurden. Im Durchschnitt erhielt jedes Opfer rund 67.000 Euro. 23 Menschen bekamen die Höchstsumme von 300.000 Euro zugesprochen. Parallel ermittelt die Justiz in dem bis in die dreißiger Jahre zurückreichenden Missbrauchsskandal gegen Geistliche und andere Kirchenangestellte. (Deutsche Welle, 21.12.07; Radio Vatikan, 22.12.07)

Niederlande

I (3764) **Utrecht**. Eine ebenso originelle wie realistische Sicht der Zukunft vermittelte der ausscheidende Kardinal Simonis im katholischen Fernsehsender „RKK“: *Es wird bald zu viele Priester geben angesichts der sinkenden Zahl von Gläubigen.* Verheiratete Männer zum Priesteramt zuzulassen sei gar nicht notwendig, denn für die wenigen Gläubigen in den Niederlanden reichten auch wenige Priester reichen. (apic, 28.11.07)

I (3765) **Middelburg**. Als „atheistischer Pastor“ beschreibt sich ein niederländischer Pfarrer, der nicht an die Existenz Gottes glaubt. Klaas Hendrikse, Pastor einer evangelischen Kirchengemeinde in Middelburg, hat mit seinem Buch „An einen Gott glauben, der nicht existiert – Manifest eines atheistischen Pastors“ Furore in den Niederlanden gemacht. Das Werk habe seit dem ersten Erscheinen Anfang November bereits die dritte Auflage erlebt, berichtet die ökumenische Nachrichtenagentur ENI. Gott sei für ihn kein Wesen, sondern ein Begriff für eine Beziehung, erläutert Hendrikse. Wenn jemand sage: „Ich will dich nicht verlassen“ und das auch einhalte, dann könne man diese Beziehung als „Gott“ bezeichnen. Der Generalsekretär der Protestantischen Kirche in den Niederlanden, Bas Plaisier, kritisierte Hendrikses Einstellung. Er behandle den christlichen Glauben wie Müll, den man in die Tonne werfe. Disziplinarische Schritte will die Kirche aber nicht einleiten. Hendrikse wirkt seit 20 Jahren als Gemeindepastor. (idea, 28.12.07)

Österreich

I (3766) **Wien**. *Der ab 2008 amtierende evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker fordert einen verpflichtenden Ethikunterricht für jene, die sich vom Religionsunterricht abmelden.* Es solle zwar weiterhin möglich sein, sich vom Religionsunterricht abzumelden. Aber es brauche einen Ersatz dafür, sagte der neue evangelisch-lutherische Bischof. Zuletzt hat auch die ÖVP gefordert, einen Ethikunterricht für Bekenntnislose einzurichten. (kap/ap, 24.12.07)

Polen

I (3767) **Krakau**. *Die Bischöfe bitten laut der polnischen Tageszeitung Dziennik dringend um ein Treffen mit der neuen Regierung unter Donald Tusk.* Das berichtet die. Mehrere Pläne des liberalen Kabinetts hätten die Oberhirten aufgeschreckt. Dazu zählten Einschränkungen beim Religionsunterricht und die Ankündigung, die Regierung werde künstliche Befruchtung bezuschussen. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt, denn Tusk, der die Finanzierung der künstlichen Befruchtung selbst angekündigt hatte, sollte zwei Tage später in Rom den Papst treffen. (*Dziennik*, 4.12.07)

I (3768) **Warschau**. *Die polnischen Bischöfe ärgern sich über den vierten heiligen König.* Mit Verve rufen sie nach dem Verbot einer Werbung des Getränkeherstellers Red Bull, bei dem an der Krippe ein vierter Weiser aus dem Osten einen Kasten mit Red-Bull-Flaschen schwenkt. "Diese Ausnutzung von Weihnachtstraditionen ist skandalös", meint ein Bischof und Kirchenrechtler in einer Tageszeitung. "In dieser Werbung wird Religion instrumentalisiert." Der inkriminierte Fernsehspot lief in diesen Tagen in mehreren Fernsehsendern, darunter auf MTV. Dem Kleriker entging in seinem Zorn allerdings, dass die Geschichte von den drei Weisen aus dem Morgenland selbst aus dem persischen Mithras-Kult gestohlen und „für fremde religiöse Zwecke instrumentalisiert“ wurde – nicht zuletzt zum Fundraising an der Haustür. (*apic*, 9.12.07)

Russland

I (3769) **Moskau**. *Das Opus Dei eröffnete seine erste Niederlassung in Russland.* In Moskau mietete sich eine so genannte Personalprälatur ein Appartement in bester Lage im Zentrum. Die Gemeinschaft besteht derzeit aus vier Männern und neun Frauen aus verschiedenen Ländern. Das Opus Dei will später auch in Petersburg und anderen russischen Städten „aktiv werden“, also missionieren. (*ansa*, 17.12.07)

Vatikan

I (3770) **Vatikanstadt**. *Am 24. April 2007 enthüllte der Papst die sensationellste Nachricht aus dem Jenseits seit vielen Jahrzehnten: Der Heilige Stuhl ist nicht nur auf Erden die absolute Instanz für die christliche Glaubenslehre, sondern bestimmt sogar im Jenseits die Architektur von Himmel und Hölle – glauben zumindest er selbst und seine Getreuesten.* An diesem Tage nämlich schaffte der Papst per Rundschreiben die „Vorhölle“ (Limbus) ab, in die seit über einem Jahrtausend all jene Seelen aufgenommen wurden, die entweder schon vor der Taufe starben oder überhaupt nicht getauft wurden oder aber das Pech hatten, schon vor Jesus gelebt zu haben. Da dieser Personenkreis mangels Taufe nicht in den Himmel kommen konnte, andererseits aber an der Nichttaufe unschuldig war und manche sogar ein (sogar in den Augen des Vatikans) tadelloses Leben geführt hatten, war für sie bisher ein Außenbezirk der Hölle reserviert, in dem sie weniger schmoren mussten als jene getauften Schwerst-Sünder, für die auch im Fegefeuer eine Seelen-Reinigung wegen zu vieler Todsünden nicht mehr möglich war. (Bis ca. 1960 war für Katholiken sogar der ungebeichtete Nichtbesuch eines Sonntagsgottesdienstes eine Todsünde, später konnte der Heilige Stuhl dann offenbar bei Gott eine Strafmilderung durchsetzen.) In den letzten Jahrzehnten nahm die Akzeptanz dieser Vorhölle aber wegen der Widersprüchlichkeit ihrer Konstruktion sogar unter den treuesten Theologen ab, weshalb sich Josef Papst Ratzinger nach einjährigem Nachdenken zu einer Änderung entschloss. Die Schwierigkeit dabei: Eigentlich wäre für Himmel und Hölle ja Gott selbst zuständig und nicht

etwa Kirche oder Papst. Aber wenn Gott selbst die Korrektur vorgenommen und damit eine Korrekturbedürftigkeit eingestanden hätte, wäre ja seine unbegrenzte Allwissenheit angezweifelt. So nahm nun doch der oberste theologische Bauherr den Abriss der Vorhölle in die Hand.

Ob damit jedoch alle Probleme gelöst sind, bezweifeln Experten, denn nun stellen sich neue Fragen, wie z.B.: Kommen Ungetaufte nun in die „richtige“ Hölle oder gibt es für die guten von ihnen einen Sondereingang (oder einige Freikarten) in den Himmel? Und wo erfolgt nun die Endlagerung all jener unerlösten Seelen, die bisher in der Vorhölle Platz fanden? Welche Umbaumaßnahmen nun auch immer folgen mögen, die MIZ wird ihre Leser darüber auf dem Laufenden halten. (Päpstliches Schreiben sowie Radio Vatikan vom 24.4.07)

I (3771) **Vatikanstadt.** Der emeritierte Theologe des Päpstlichen Hauses, Kardinal Georges Cottier, hält die Beihilfe zum Suizid für ein schlimmes Verbrechen. Anlässlich der neuen Papst-Enzyklika zur Bedeutung des Fortschritts erläuterte er:

„Der Mythos des Fortschritts ist nach den ideologischen Kämpfen entstanden, die sich seit dem 16. Jahrhundert entwickelt haben. Diese Ideologien des Fortschritts haben sich bis in unsere Tage gehalten. Bei all diesen Ideologien ging es darum, den Himmel auf Erden zu versprechen. Doch das ist eine große Illusion.“ Zur Sterbehilfe äußerte er in diesem Zusammenhang:

„Vorsicht! Die Beihilfe zum Selbstmord ist eine extrem schlimme Sache. Denn wir sind nicht die Herren des menschlichen Lebens. Gott hat uns unser Leben geschenkt. Wir sind vielmehr eine Art Verwalter unseres Lebens, auf dem Weg, der uns dazu führt, zur Freundschaft mit Gott zu gelangen.“ (Radio Vatikan, 2.12.07) Auch bei diversen anderen Gelegenheiten hatten vatikanische Sprecher in letzter Zeit wiederholt betont, dass der Mensch auch über das eigene Leben kein Verfügungsrecht habe.

I (3772) **Vatikanstadt.** Der Vatikan will die Katholiken wieder stärker zum Missionieren anhalten. Das steckt hinter dem neuesten Missions-Dokument, das die Glaubenskongregation im Dezember veröffentlichte. Ihr Sekretär, Erzbischof Angelo Amato, erläuterte: *„Man tut ja oft so, als sei Evangelisierung eine Art Schranke, die man der Freiheit anderer Leute setzt. Als würde es reichen, seine Ideen ein bisschen zu erläutern, aber ohne zur Bekehrung und zur Taufe einzuladen. So zerbröseln die Evangelisierung und wird zur rein menschlichen Förderung, zum Apostolat für Gerechtigkeit, Frieden oder Solidarität“,* was für den Vatikan offenbar etwas Negatives ist. Amato verurteilte jene Katholiken, die der Ansicht sind, *„wir sollten nichts von Kirche oder Taufe sagen, weil doch das Heil in gleicher Weise auch außerhalb der Kirche verfügbar sei.“* Die deutsche Kirchenvolksbewegung "Wir sind Kirche" kritisierte das Dokument der Glaubenskongregation. In einem Statement heißt es wörtlich: *„Der Papst redet freundlich von der Herrlichkeit und Schönheit der Kirche und ihres Glaubens, die nachgeordneten Behörden setzen diese Botschaften in rigide Verhaltensregeln um.“* (Radio Vatikan, 16.12.07)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (3773) **Fresno**. *Die anglikanische Kirche der USA steht vor dem Zerfall*. Eines der sechs Bistümer, die die so genannte "Episkopalkirche" im Bundesstaat Kalifornien hat, spaltete sich jetzt ab. Hintergrund ist der anhaltende Streit um den Kurs der US-Anglikaner, etwa die Weihe eines bekennenden Homosexuellen zum Bischof. In Fresno beschlossen jetzt die Delegierten des Bistums San Joaquin mit deutlicher Mehrheit, künftig eigene Wege zu gehen. Es ist die erste Spaltung bei den US-Anglikanern seit dem Sezessionskrieg von 1865. (*apic*, 9.12.07)

I (3774) **New York/Davenport**. *Nach den Pädophilen-Skandalen in der katholischen Kirche der USA hat das Erzbistum von New York nun nicht etwa bei den Tätern angesetzt, sondern bei künftigen potentiellen Opfern*. Es gab ein Malbuch heraus, das Kinder gegen Missbrauch schützen soll. Das am Dienstag vorgestellte Buch mit dem geradezu zynischen Titel „Being Friends, Being Safe, Being Catholic“ (Freunde sein, sicher sein, katholisch sein) wurde an hunderte Schulen im Großraum New York verteilt, sagte eine Sprecherin des Erzbistums. Engel begleiten die kleinen Leser durch das Malbuch und warnen vor möglichen Gefahrensituationen, ohne indes die Gefahrenquelle direkt zu benennen. Ein Vertreter der Organisation von Opfern pädophiler Priester begrüßte die Initiative, kritisierte sie jedoch als unzureichend. Kritiker wandelten den Titel bereits ab in „Being Friends, Being Safe or Being Catholic“.

Die katholische Kirche in den USA wurde in den letzten Jahren von mehreren Pädophilieskandalen erschüttert. Die betroffenen Diözesen zahlten bislang mehr als drei Milliarden Dollar an die Opfer und waren häufig gezwungen, Eigentum zu veräußern, um die Entschädigungen aufbringen zu können. (*ap/reuters*, 5.12.07)

Noch nicht darin enthalten ist die Entschädigung, die die *Diözese Davenport den Opfern sexuellen Missbrauchs zahlen muss*. Im Rahmen eines Vergleichs muss sie umgerechnet mehr als 25 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Ein Teil des Geldes geht an insgesamt 156 Betroffene. Ein weiterer Teil werde für mögliche Ansprüche weiterer Kläger zurückgehalten. Vorausgegangen waren jahrelange Verhandlungen zwischen der Diözese sowie den Opfern und ihren Vertretern. Der Bischof von Davenport nannte dem jetzt geschlossenen Vergleich die beste Möglichkeit einer „gerechten und fairen Entschädigung“ aller Betroffenen. (*New York Times*, 4.12.07)

Lateinamerika

Brasilien

I (3775) **Campinas**. *Die Bevölkerung würde eher einen weiblichen, schwarzen oder gar homosexuellen Staatspräsidenten befürworten als ein atheistischen*. Das zeigt eine jetzt veröffentlichte Umfrage. 84 Prozent würden einem schwarzem Staatsoberhaupt die Stimme geben, 57 Prozent einer Frau, 32 Prozent einem Homosexuellen, aber nur 13 Prozent einem erklärten Atheisten. Diese würden in Brasilien als Personen „ohne Charakter, Ethik und Moral“ angesehen, so die Einschätzung von Eliane Moura Silva, Wissenschaftlerin an der staatlichen Universität Campinas. 73,8 Prozent der Bevölkerung betrachtet sich nach der Umfrage selber als katholisch, 15,4 als evangelisch und 7,3 als andersgläubig oder atheistisch. (*efe* [span. Nachrichtenagentur], 23.12.07)

Chile

I (3776) **Santiago**. Ein Priester, der eine Geldstrafe von 50.000 Peso (68 Euro) wegen Falschparkens nicht bezahlen wollte oder konnte, wurde ersatzweise zum täglichen Beten von sieben Psalmen verurteilt. Dies wurde durch einen in der Nähe wohnenden Gerichtsangestellten überwacht. Damit konnte sich der Kleriker billig freikaufen, denn beten musste er gemäß seiner Vorschriften sowieso. (Kronenzeitung, 12.12.07; Der Standard, 12.12.07)

Kolumbien

I (3777) **Bogotá**. Aufgrund mehrerer nicht näher genannter Fälle von sexuellem Missbrauch ist die katholische Kirche im Vertrauensbarometer der Kolumbianer an die zweite Stelle hinter den staatlichen Bildungseinrichtungen gerutscht. Das ergab eine Studie des Instituts für politische Studien der Nationalen Universität (Iepri), über die die Medien des Landes am Tag vor Weihnachten berichteten. Der Sekretär der Kolumbianischen Bischofskonferenz, Fabian Marulanda, äußerte sich dennoch zufrieden. Die Kirche werde immer noch positiv beurteilt, obwohl sie eine „schmerzhafteste Krise wegen des Missbrauchs von Minderjährigen“ durchgemacht habe. Iepri-Untersuchungsleiter Fabian Sanabria meinte, der Kirche sei es vor allem durch erfolgreiche Friedensrhetorik gelungen, sich eine Schiedsrichterrolle zu ergattern. Zuletzt erhielt sie von der Regierung Alvaro Uribe die Erlaubnis, als alleiniger Unterhändler bei den Verhandlungen über die Befreiung der von den Farc-Rebellen festgehaltenen Geiseln zu fungieren. (KNA, 24.12.07)

Uruguay

I (3778) **Montevideo**. Das Oberhaus des Parlaments hat sich gegen den Willen der Kirche für straffreie Abtreibungen ausgesprochen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass eine Schwangerschaft in den ersten zwölf Wochen unter bestimmten Bedingungen straffrei abgebrochen werden kann. 18 Mitglieder des Senats stimmten einem entsprechenden Gesetzentwurf zu, 13 votierten dagegen. Im Abgeordnetenhaus wird ebenfalls mit einer Mehrheit gerechnet, doch dürfte der einem Mitte-Links-Bündnis vorstehende Staatspräsident Vázquez das Vorhaben mit seinem Veto verzögern. In Uruguay ist ein Schwangerschaftsabbruch seit 1889 strafbar und nur aus medizinischen Gründen zulässig. (Radio Vatikan, 7.11.07)

I (3779) **Montevideo**. Der Kongress des traditionell recht freisinnigen Staates erlaubt künftig „Homo-Ehen“. Partner gleichen Geschlechts können künftig auf den Standesämtern zivil eine Art Ehe schließen. Es ist die erste Entscheidung dieser Art auf nationaler Ebene in ganz Lateinamerika; die Kirche befürchtet einen Dammbrech. Das Gesetz sieht vor, dass Paare fünf Jahre zusammengelebt haben müssen, bevor sie den Antrag auf Eintragung in ein ziviles Register stellen können. Nach diesem Verwaltungsakt bekommen sie ähnliche Rechte wie heterosexuelle Ehepaare. Das Gesetz, das schon letzten Monat vom Parlament gebilligt wurde, passierte den Kongress ohne Zwischenfälle und tritt nach seiner Unterzeichnung durch den Präsidenten, einen Linkspolitiker, in Kraft. In mehreren Teilen Lateinamerikas haben Stadträte – etwa in Buenos Aires oder Mexiko-Stadt – ähnliche Verfügungen erlassen. (reuters, 19.12.07)

Afrika

Ghana

I (3780) **Accra**. *Die Bischöfe lehnen das Vorhaben der ghanesischen Regierung ab, den Religionsunterricht im nationalen Schulsystem zu streichen.* Zudem fordern sie in einer gemeinsamen Erklärung mehr Unabhängigkeit für die konfessionellen Schulen. Außerdem verlangen die Oberhirten die autonome Entscheidung über Lehrerauswahl und Lehrstoff, während der Staat die Kosten übernehmen solle. (nationales Hirtenwort, publiziert am 13.11.07)

Asien

China

I (3781) **Guangzhou**. Der Vatikan nimmt es mit moralischen Prinzipien nicht so genau, wenn dafür ein kirchenpolitischer Erfolg winkt. Anders als z.B. die Bundeskanzlerin Merkel entschied der Papst, *den Dalai Lama nicht zu empfangen, um dafür den Weg für eine lange blockierte Bischofsweihe frei zu machen.* Das teilte die in Hongkong erscheinende „South China Morning Post“ mit. Mit der Entscheidung, die Weihe des neuen Bischofs von Guangzhou zuzulassen, habe sich das Regime von Peking beim Papst dafür bedankt, dass er das Oberhaupt der tibetischen Buddhisten in diesem Jahr - anders als 2006 - nicht zu einem privaten Gespräch empfangen. Die sehr gut unterrichtete Zeitung wusste auch, dass der Prälat Pietro Parolin aus dem vatikanischen Staatssekretariat zwei Wochen zuvor vertraulich mit hohen Regime-Vertretern in Peking zusammengetroffen. Ursprünglich habe das Regime die Bischofsweihe für Ende November unter Vorbehalt erlaubt, den Termin aber dann verschoben, um abzuwarten, ob Benedikt XVI. den Dalai Lama empfangen würde oder nicht. Der Vatikan gab dazu keinen Kommentar, dementierte also auch nicht. (ansa, 5.12.07)

Iran

I (3782) **Teheran**. *Autokratische Führer verstehen sich erfahrungsgemäß bestens, wenn nur die Distanz zwischen ihnen groß genug ist, um sich direkt ins Gehege zu kommen.* Dies bewies der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad, als er dem Papst zu Weihnachten und Neujahr die besten Wünsche sandte. Das Jahr 2008 möge der internationalen Gemeinschaft Ruhe und Frieden bringen. Danach schreibt Präsident Ahmadinedjad wörtlich: „Die gegenwärtige Welt muss heute mehr denn zu anderen Zeiten der Geschichte den Vorschriften der göttlichen Propheten folgen.“ (Irna / ansa [iran. u. ital. Nachrichtenagenturen], 26.12.07)

Philippinen

I (3783) **Manila**. *Trotz scharfer Kritik der Bischöfe werden die Philippinen ab 2008 Geburtenkontrolle staatlich fördern.* Das Repräsentantenhaus stellt dafür im Haushalt mehr als 31 Millionen Euro bereit. Die philippinischen Bischöfe hatten sich gegen das Programm ausgesprochen und gefordert, die Summe zum Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit einzusetzen. Regierungsvertreter hatten dagegen argumentiert, die jährlich wachsende Bevölkerung behindere die staatlichen Programme für Wirtschaft und Gesundheit. (asianews, 9.11.07)